

Beschlußempfehlung und Bericht **des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuß)**

zu dem Entschließungsantrag der Gruppe der PDS
– Drucksache 13/4580 –

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksache 13/4450 –

Bericht zum Stand der Bemühungen um Rüstungskontrolle und Abrüstung
sowie der Veränderungen im militärischen Kräfteverhältnis
(Jahresabrüstungsbericht 1995)

A. Problem

Global findet einschneidende Abrüstung nicht statt. Bei den Reduzierungen der vergangenen Jahre im Bereich der militärischen Ausrüstung und des militärischen Personals sowie bei den Rüstungsausgaben handelt es sich lediglich um den Abbau militärisch sinnloser Überkapazitäten aus den Zeiten der Ost-West-Konfrontation.

Der Abrüstungs- und Rüstungskontrollprozeß stagniert. Die Abrüstungspolitik der Bundesregierung ist völlig unzureichend. Wo sie stattfindet, zielt sie auf die Stärkung der NATO und den Erhalt ihres Atomwaffenpotentials sowie auf die Befähigung der Bundeswehr zur Wahrnehmung weltweiter Interventionen.

Die Einschnitte im Rüstungsbereich in der ersten Hälfte der neunziger Jahre sind weitgehend die Folge von Wirtschaftskrise und Haushaltsengpässen – ein Trend, den die Bundesregierung jetzt umzukehren versucht.

B. Lösung

Um einen Prozeß europäischer und globaler Abrüstung in Gang zu setzen, sollten erste Schritte zu einer unilateralen Abrüstung eingeleitet werden. Darüber hinaus soll der umgehende Abzug der in Deutschland stationierten Atomwaffen sichergestellt und deren Stationierung auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zukünftig ausgeschlossen werden.

Sämtliche militärischen Modernisierungs- und Beschaffungsvorhaben sind auszusetzen und deren Planung und Entwicklung einzustellen. Die Personalstärke der Bundeswehr ist durch Abschaffung der Wehrpflicht drastisch zu reduzieren und auch danach kontinuierlich weiter abzubauen.

Die Bundesregierung sollte kurzfristig ein Programm für eine mittelfristige, sozialverträgliche Rüstungskonversion sowie eine Initiative zu einem neuen Vertrag über konventionelle Abrüstung, der unter anderem regionale Abrüstung auch über den Geltungsbereich des KSE-Vertrages hinaus vorsieht, vorlegen

Mehrheitliche Ablehnung im Ausschuß**C. Alternativen**

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Entschließungsantrag – Drucksache 13/4580 – wird abgelehnt.

Bonn, den 13. November 1996

Der Auswärtige Ausschuß

Dr. Karl-Heinz Hornhues

Vorsitzender und Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Dr. Karl-Heinz Hornhues**I.**

Der Deutsche Bundestag hat den vorliegenden Entschließungsantrag auf Drucksache 13/4580 in seiner 105. Sitzung am 10. Mai 1996 an den Auswärtigen Ausschuß federführend und an den Verteidigungsausschuß mitberatend überwiesen. Der Auswärtige Ausschuß hat seinen Unterausschuß für Abrüstung und Rüstungskontrolle um eine gutachtliche Stellungnahme gebeten.

II.

Der Verteidigungsausschuß hat den vorliegenden Entschließungsantrag in seiner 37. Sitzung am 19. Juni 1996 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P., bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abwesenheit der Gruppe der PDS, empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der Unterausschuß für Abrüstung und Rüstungskontrolle hat den vorliegenden Entschließungsantrag in seiner 18. Sitzung am 6. November 1996 gutachtlich beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD, gegen die Stimmen der Gruppe der PDS und bei Abwesenheit der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P., empfohlen, den Antrag abzulehnen.

III.

Der Auswärtige Ausschuß hat den vorliegenden Entschließungsantrag in seiner 49. Sitzung am 13. November 1996 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P., gegen die Stimmen der Gruppe der PDS, empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Bonn, den 13. November 1996

Dr. Karl-Heinz Hornhues

Berichterstatler